



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 14 04 wird ein neuer Tit. „Zuwendungen für den Aufbau von Pflegestützpunkten“ ausgebracht und für die Jahre 2017 und 2018 mit Mitteln in Höhe von jeweils 3 Mio. Euro ausgestattet.

Die Mittel dienen dem flächen- und bedarfsdeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten in Bayern.

Begründung:

In der „Allgemeinverfügung zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Bayern“ vom 22. Oktober 2009 hat die Staatsregierung die Pflege- und Krankenkassen angewiesen, gemäß § 92c Abs. 1 des Elften Sozialgesetzbuchs (SGB XI) Pflegestützpunkte zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Pflegebedürftigen einzurichten. In einer ersten Ausbauphase sollten bis Ende 2010 bayernweit 60 Pflegestützpunkte errichtet werden. Ziel war ein flächendeckender Ausbau sowohl in ländlich strukturierten Regionen als auch in städtischen Ballungsräumen. Landkreise und kreisfreie Städte sollten sich an der Finanzierung der Pflegestützpunkte beteiligen. Vorhandene Beratungsstrukturen, wie die Fachstellen für pflegende Angehörige in Bayern, sollten möglichst in die Pflegestützpunkte integriert werden.

Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom 1. Juli 2008 verpflichtet den Freistaat Bayern zur zügigen Einrichtung von Pflegestützpunkten in Bayern. Doch trotz der sofortigen Vollziehbarkeit der Allgemeinverfügung des Freistaates Bayern wurden bisher weniger als zehn Pflegestützpunkte eingerichtet. Die geplante flächendeckende Errichtung von Pflegestützpunkten scheiterte bisher vor allem an Konflikten über die Finanzierung der Stützpunkte. Laut Allgemeinverfügung sollten Pflegestützpunkte zunächst dort errichtet werden, wo sich auch der Landkreis und die kreisfreie Stadt an ihnen beteiligt. Zunächst zeigten auch ungefähr 45 Kommunen Interesse an der Gründung eines Pflegestützpunkts. Die kommunalen Spitzenverbände haben mit den Kranken- und Pflegekassenverbänden in Bayern sogar eine Rahmenvereinbarung zur Errichtung und zum Betrieb von Pflegestützpunkten erarbeitet.

Allerdings erfolgt die Beteiligung von Landkreisen, kreisfreien Städten und Bezirken an der Trägerschaft der Pflegestützpunkte nur auf freiwilliger Basis. Angesichts ihrer angespannten Haushaltslage verweigern die meisten Kommunen ohne eine finanzielle Unterstützung des Freistaates eine Beteiligung an den Pflegestützpunkten. Auf diesen Konstruktionsfehler der Allgemeinverfügung wurde sowohl vonseiten der kommunalen Spitzenverbände als auch vonseiten der Landtagsopposition immer wieder in Vergangenheit hingewiesen. Zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen aus dem SGB XI und zur Umsetzung der Allgemeinverfügung zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Bayern muss sich der Freistaat Bayern an dem Aufbau der Pflegestützpunkte beteiligen.